

Dieter Klein

**Globalisierung und
Fragen an die Sozialwissenschaften:
Richtungsbestimmter Handlungszwang
oder Anstoß zu
einschneidendem Wandel ?**

Vortrag

9. Oktober 1996

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät III
Institut für Sozialwissenschaften

Festvortrag anlässlich einer Veranstaltung der Alexander von Humboldt-Stiftung mit A.v. Humboldt-Gastwissenschaftlern und Lynen-Stipendiaten.

Herausgeber:
Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Meyer

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser

Redaktion:
Gudrun Kramer
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstr. 33
10245 Berlin

Heft 81

Redaktionsschluß: 10. 04. 1997

Wieder einmal geht ein Gespenst um. Sein Name ist „Weltmarktzwang“.

In der Debatte über den Standort Deutschland wird als fast selbstverständlich angenommen, daß die nicht geringen ökonomischen Probleme der Bundesrepublik vorwiegend durch den Druck des globalisierten Wettbewerbs verursacht werden und umgekehrt durch weltmarktorientierte Strategien erfolgreich zu bearbeiten sind. Senkung der Lohnkosten, besonders der Lohnnebenkosten, Reduzierung der Sozialleistungen, Verminderung der Steuerlast für Unternehmen und hochtechnologisches, weltmarktorientiertes Wachstum erscheinen als unausweichliche Reaktionen auf den Sachzwang Weltmarkt. Die dramatische Verschärfung des internationalen Wettbewerbs wird verbreitet als der für unternehmerisches Handeln und staatliche Wirtschaftspolitik wichtigste und folgenreichste Prozeß im gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel angesehen.

Unsere inneren Probleme werden in der Regel hochgradig fokussiert auf die notwendige Anpassung an das rauh gewordene Weltmarktklima betrachtet. Dies erscheint üblicherweise als unumgehbarer Zwang.

Aber da gibt es eine Empfehlung von Brecht:

Wir bitten Euch aber:
Was nicht fremd ist, findet befremdlich!
Was gewöhnlich ist, findet unerklärlich!
Was da üblich ist, soll euch erstaunen!
Was da die Regel ist, das erkennt als Mißbrauch
Und wo ihr den Mißbrauch erkannt habt
Da schafft Abhilfe!

Dies erwägend ist meine Ausgangsthese nun, daß der verstärkte Druck des Weltmarktes selbst nur eine Erscheinung eines viel tiefer liegenden Umbruchprozesses ist. Diesem teils bereits stattfindenden, überwiegend uns aber noch bevorstehenden Wandel müssen wir uns zuwenden, wenn wir uns den gravierend veränderten Existenzbedingungen erfolgreich stellen wollen.

Dieser Umbruch besteht darin, daß der Wachstumstyp, der die zweieinhalb „glorreichen Jahrzehnte“ (Ralf Dahrendorf) nach dem zweiten Weltkrieg prägte, in der gesamten OECD-Welt in die Krise geraten ist.

Ein *Paradoxon* ersten Ranges ist entstanden: die Gesellschaft hat die wunderbare Fähigkeit erlangt, mit immer weniger Menschen einen immer größeren Reichtum zu produzieren. Und doch scheint sie gezwungen, in immer neuen Sparrunden die schon einmal erreichten sozialen Niveaus abzubauen, ohne daß ein Ende abzusehen ist.

In der Regel wird uns kaum noch bewußt, wie absurd dieser soziale Effekt unserer wachsenden Produktivität ist. Kostensenkung, Sparen und vielleicht Wachstum, so lautet die mainstream-Antwort auf unsere gesteigerten Fähigkeiten, unseren Wohlstand zu vermehren. Jedoch - was da üblich ist, das soll uns erstaunen!

Wie ist das skizzierte Paradoxon zu erklären, um es aufzulösen?

1. Seit Mitte der siebziger Jahre ist der Wachstumstyp des Fordismus in eine Krise geraten, in die Krise jener Produktions- und Konsumtionsweise, die in den zwanziger Jahren von Henry Ford geprägt durch die Automobilproduktion am Band ihren Ausgangspunkt hatte und nach dem zweiten Weltkrieg ein atlantisches goldenes Zeitalter der OECD-Welt trug.

Der Fordismus ist vor allem durch die Massenproduktion standardisierter Industriegüter gekennzeichnet. Eine Bündelung von Basisinnovationen führte zu einer langen Welle von Erweite-

rungsinvestitionen. Ein starkes Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigungsquoten und erheblicher Zuwachs der Masseneinkommen bei gleichzeitiger Erhöhung der Unternehmensgewinne waren daraus folgende weitere Merkmale des Fordismus. Ein „fordistischer Verteilungskompromiß“ bildete sich heraus, eine gewisse Kohärenz von Massenproduktion und Massenkonsumtion, und erlaubte die Stabilisierung einer relativ funktionsfähigen Demokratie. Das anhaltende Wachstum der drei Nachkriegsjahrzehnte eröffnete Steuerquellen, die in den westlichen Industrieländern die Ausprägung des Sozialstaates und wichtige Reformen ermöglichten. Allerdings schien die Wohlstandssonne schon in dieser Zeit nur den reichen Ländern und manchen auch dort nicht.

Mitte der siebziger Jahre geriet jedoch der Fordismus in eine Struktur- und Regulationskrise. Sie ist eine der tiefen Wurzeln gegenwärtiger Turbulenzen. Seit Mitte der Siebziger hat sich das Wachstumspotential der Nachkriegsinnovationen und unelastischer Organisationsformen der Massenproduktion erschöpft. Die Nachfrage der Kaufkräftigen nach all dem Neuen war mehr oder weniger gesättigt. Die Aufstiegsphase einer langen Welle der Wirtschaftsentwicklung ging zu Ende. Das Wachstum sank erheblich ab. Der Zuwachs der ökonomischen Handlungsspielräume wird kleiner.

Tabelle 1. Jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgewählter Länder in Preisen von 1991 in %

	Westdeutschland	Frankreich	Großbritannien	USA	Japan
1960-70	4,4	5,6	2,8	3,8	10,2
1970-80	2,7	3,3	1,9	2,8	4,5
1980-90	2,2	2,4	2,7	2,6	4,1
1990-94	1,8	0,9	0,9	2,2	1,4

Quelle: Berechnet nach SVR, Jahresgutachten 1995/95, Tab. 3

Eine weitgehende Reduktion dieses Bruches in der Gesamtheit der Reproduktionsbedingungen auf Kostenfragen im Gefolge von Globalisierungsprozessen greift entschieden zu kurz.

2. Parallel zur Verlangsamung des Wachstums findet eine Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung statt. Damit sinkt der Wohlfahrtseffekt des Wachstums. In der Altbundesrepublik stieg das Sozialprodukt von 1950 bis 1990 um den Faktor 5,5, die Zahl der Arbeitsplätze aber nur auf das 1,3fache. Seit Mitte der siebziger Jahre schlägt dieser Trend bis zu einem gegenwärtigen Defizit von 6 bis 7 Mio. Arbeitsplätzen durch.

Die vordergründige Ursache dafür ist, daß durch die Wachstumsverlangsamung das Schwergewicht von den Erweiterungsinvestitionen zu den Rationalisierungsinvestitionen übergeht und daß die Hochtechnologien als Rationalisierungstechnologien par excellence wirken. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie daher anders als frühere Kulminationsphasen von Basisinnovationen keine neue lange Aufstiegsstufe einleiten.

In den USA wird dieser OECD-weite Trend in gewissem Maße durch die starke Ausweitung des Dienstleistungsbereichs überlagert, jedoch überwiegend zu Konditionen von bad jobs und mit der Folge der Ausweitung des bedrückenden Phänomens der working poor. Mehr als die Hälfte der offiziell als arm ausgewiesenen 32,5 Millionen leben in Haushalten mit einem Erwerbstätigen.

Die *Basis des Sozialstaats*, nämlich tendenzielle Vollbeschäftigung und folglich relativ geringe Belastung durch existenzielle Sozialtransfers, *erodiert* unter diesen Umständen. Verlangsamtes Wachstum und gedämpfte Entwicklung der Masseneinkommen haben negative Wirkungen auf die Staatseinnahmen, während die Sozialausgaben erheblich ansteigen, weil sich die soziale Lage von Millionen verschlechtert. Daraus ergibt sich - wider den herrschenden Zeitgeist formuliert - daß der Sozialstaat nicht vorrangig durch seine eigene Reduktion therapiert werden sollte, sondern durch eine zentrale Stellung der Beschäftigungspolitik auch für die Staatsfinanzen.

3. Das Wachstum ist zunehmend Wachstum auf Pump. Horst Afheldt hat die jährliche Neuverschuldungssumme vom jähr-

lichen Zuwachs des BIP abgezogen und ermittelt, daß der so berechnete unbelastete Zuwachs in den letzten 10 Jahren in der Bundesrepublik jahresdurchschnittlich nur knapp 2,5 Mrd. DM erreichte (Afheldt 1994: 92).

So ist der Schuldendienst zum zweitgrößten Etatposten geworden und engt damit den wirtschaftspolitischen Spielraum ein. 1995 betrug die aus der öffentlichen Verschuldung resultierende Last 128,1 Mrd. DM, d. h. mehr als das Jahresdefizit aller öffentlichen Haushalte von 111,3 Mrd. DM. Die Staatsverschuldung ist zu einem erstklassigen Umverteilungsmechanismus zugunsten der Großkreditgeber, vor allem der Banken geraten. Der Staat hat eben eine höhere Bonität als viele mittelständische Unternehmen, die bei den Banken oft vergeblich Kredite nachfragen. Notwendig ist, die Staatsverschuldung auf lange Sicht zu verringern und die Neuaufnahme von Krediten auf Aufgaben zu konzentrieren, die langfristig stabilisierend wirken, d. h. in starkem Maße auf die Förderung ökologischer Umbauprozesse zu nachhaltiger Entwicklung. Denn:

4. Das gegenwärtige Wachstum ist nicht nur langsamer geworden, nicht nur von der Beschäftigung abgekoppelt und nicht nur zunehmend Wachstum zu Lasten der nächsten Jahre durch Verschuldung - es ist zu beachtlichen Teilen nur noch Scheinwachstum oder Wachstum, das seine eigenen Naturbedingungen untergräbt.

Lutz Wicke hat schon für 1984 die monetär erfaßbaren Umweltschäden des gegenwärtigen Wachstumstyps auf über 103,5 Mrd. DM, d. h. auf mindestens 6 Prozent des BSP berechnet. Andere Schätzungen liegen noch höher (Wicke 1991: 96). Auch unter diesem Aspekt ist die gravierend veränderte Wachstumssituation nicht vorwiegend durch radikales Sparen zu bearbeiten, sondern zusammen mit dem Umbau des Systems gesellschaftlicher Arbeit durch neue Qualitäten der Beschäftigungspolitik wird ein ökologisch-sozialer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zur zentralen Herausforderung.

5. Die Resultate eines solchen überaus ambivalenten Wachstums werden seit der Erosion des fordistischen Verteilungskompromisses ab Mitte der siebziger Jahre so verteilt, daß insbesondere seit Beginn der Neunziger wieder deutlicher eine soziale Polarisierung hervortritt.

Die obersten 10 Prozent der Einkommensbezieher in der Bundesrepublik verfügen über rund 50 Prozent des gesamten Vermögens, 1 Prozent der Haushalte besitzt 13 Prozent davon. Der Anteil der unteren 50 Prozent beträgt 2,5 von Hundert (Huster 1993: 23).

Seit Beginn der neunziger Jahre tritt die soziale Ungleichheit noch schärfer hervor. Das Aufkommen aus Lohnsteuern stieg von 1990 bis 1995 um 56,1 Prozent, das der Umsatzsteuer um 51,8 Prozent. Dagegen sanken das Aufkommen der veranlagten Einkommenssteuer um 61,6 und das der Körperschaftssteuer um 39,7 Prozent. Die Abschaffung der Vermögenssteuer zum 1. Januar 1997 hat auch Symbolfunktion für die Weiterführung dieses Trends, der von 1980 bis 1993 zu einer Steigerung der unternehmerischen Nettorealgewinne auf 189,8 Prozent führte, während die Nettoarbeitseinkommen real um 7,8 Prozent anstiegen.

Die viel beschworenen mageren Jahre sind nicht für alle mager. Für die oberen Etagen in der Einkommenspyramide sind sie fetter denn je zuvor. Der Ansatz, der solche soziale Ungleichheit durch soziale Deregulation weiter vertieft, ist bereits in Gestalt der Reagonomics und des Thatcherismus gescheitert. Er ist wirtschaftspolitisch untauglich, sozial und ökologisch zerstörerisch und moralisch unvertretbar. Er erstickt den Gesinnungsliberalismus durch einen in falscher Richtung entfalteten Wirtschaftsliberalismus.

Die Politik sollte mit dem Maß der Nachhaltigkeit gemessen werden, daran, wie sie der Triade von Beschäftigungssicherung, ökologisch-sozialem Umbau und einer Umkehr der bisher dominierenden Umverteilungsprozesse zugunsten der Erwerbsabhängigen und sozial Schwächeren zu entsprechen vermag.

Ein Zwischenfazit

Das Paradoxon der Rücknahme bereits erreichter Standards trotz wachsender Fähigkeiten zur Reichtumsproduktion ist erklärbar. Teils haben wir es bei dem ohnehin verlangsamten Wachstum mit einem Scheinwachstum zu tun, teils handelt es sich um geborgtes Wachstum, eingeengt durch die aufgelaufene Verschuldung. Und überdies geht der Wohlfahrtseffekt des verbleibenden ambivalenten Wachstums an zunehmenden Teilen der Bevölkerung, besonders an den Arbeitslosen, vorbei.

Die Folge, nicht die primäre Ursache dieser Lage ist der Versuch, den eingeengten inneren ökonomischen Spielräumen durch Expansion zu begegnen, ist ein beschleunigter Globalisierungsprozeß. Er wird zudem durch hochtechnologische Basisinnovationen in doppelter Weise vorangetrieben: durch weltweite Kommunikationsnetze und durch die mit ihnen verbundenen Maßstäbe für Kapitalrentabilität. Die Kapitalvorschüsse für jede neue Chip-Generation, Computer-Generation u. ä. wachsen so stark und die neuen Produkte werden so schnell durch die folgenden abgelöst, daß die Kapitalrentabilität nur noch durch die Eroberung und Behauptung nennenswerter Weltmarktanteile, durch die Ausschöpfung der Standortvorteile mehrerer Länder und Wirtschaftsräume, durch internationale strategische Allianzen und durch die Präsenz auf den ausgeprägtesten Wachstumsmärkten gesichert erscheint. Der Aufstieg neuer Wettbewerber, besonders der asiatischen NICs, ist ein weiteres wettbewerbsverschärfendes Moment.

Doch der gesamte gravierende Umbruch der ökonomischen Verhältnisse ist nicht das Resultat der Globalisierung, sondern diese ist selbst nur ein Teilprozeß und zugleich Ausdruck dieser einschneidenden Veränderungen. Und das Problem besteht darin, was an Stelle des erodierenden Fordismus als neue Weisen des Wirtschaftens, der weltwirtschaftlichen Kooperation und des Lebens zu erstreben ist, nicht in erster Linie darin, wie die Konkurrenten auf den Weltmärkten erfolgreicher zu schlagen sind.

Die Globalisierung begegnet uns also als der große Vereinfacher: Die Weltprobleme kommen als Kostenprobleme und als Problem überhöhter Sozialleistungen in Gestalt von scheinbar unausweichlichen Sachzwängen einher. Wie sie zu bearbeiten sind, scheint auf der Hand zu liegen. Tatsächlich ist die Weltmarkt Konkurrenz glasharte Realität, um die kein Weg herumführt. Deshalb müssen Innovationsdefizite der deutschen Wirtschaft überwunden und Kosten gewiß gesenkt werden, wo dies sozialer Gerechtigkeit nicht zuwiderläuft.

Doch die Weltmarktzwänge sind im Grunde das *Vehikel*, mit dem die Gesamtheit der gravierend veränderten Reproduktionsbedingungen, die Krise des Fordismus, die Beschäftigungskrise, die Gefährdung des Sozialstaates, die Umweltkrise und ihre Verflechtung mit der Unterentwicklung in bedrohlichem Tempo über uns kommt. Ihre Botschaft ist, daß wir uns diesen durch sie transportierten und ungelösten inneren und globalen Großproblemen der Gesellschaft stellen müssen. Doch diese Botschaft wird in der Regel nicht verstanden oder verdrängt und reduziert auf's Sparen. Aber es geht um einen tiefgreifenden Wandel der Gesellschaft, der sie bearbeitungsfähig für die existenziellen Menschheitsprobleme macht.

Doppelstrategie für heute und morgen

Wirtschaft und Politik wird durch diese Konstellation ein extremer Balanceakt abgefordert: Wettbewerbsfähigkeit auf den Märkten unter den Bedingungen von heute muß erhalten werden, und zugleich sind mit anderen als nur den herkömmlichen Maßstäben die Weichen in Unternehmen und Gesellschaft so zu stellen, daß eine nachhaltige Bearbeitung der Gesamtheit der aufgestauten Großprobleme eingeleitet und entfaltet wird. Eine Art Doppelstrategie wird notwendig, um nicht entweder auf den Märkten heute, oder durch Umweltzerstörung, sozialen Absturz nennenswerter Bevölkerungsteile, Unterentwicklung und Gewalteskalation in Zukunft irreparablen Schaden zu nehmen. Die betriebswirtschaftlich

wohl begründete marktradikale Kostensenkungsstrategie entspricht - soweit sie für die Gewinner erfolgreich ist - nur der ersten Dimension.

Die verkürzte mainstream-Sicht und -Politik, einseitig auf Weltmarktwänge reduziert, wird sich als folgenschwere Begrenzung der Wahrnehmungsfähigkeit erweisen, vergleichbar mit dem Horizont des Blicks in einen Tunnel. Mit dem Bild von Realitäts-Tunneln hat der amerikanische Kultautor Robert Anton Wilson unsere allgegenwärtigen Denkstrukturen beschrieben. In diesen „Realitäts“-Tunneln hausen die in den Denkkäfigen der Tunnelbauer herrschenden Götzen, die bekanntlich andere neben sich nicht dulden.

Ein Großtunnel menschlicher Geschichte hat sich 1989/90 endgültig als Schacht ohne Ausgang erwiesen. Jahrzehnte war Licht am Ende des Tunnels versprochen worden. Dann aber stellte sich in einer listigen Metapher erfaßt heraus: Es war der Tunnel am Ende des Lichts. Vor den Augen der gesamten Menschheit wurde mit der Implosion des Staatssozialismus die Gefährlichkeit jeglicher Realitäts-Tunnel vorgeführt.

Das Problem im Umgang mit diesem großartigen Lehrstück ist nur, daß gar zu viele sich als die ganz unbeteiligten Zuschauer einer überaus fremdartigen Aufführung ansehen. Die Evaluierung der Ostmenschen z. B. erscheint den westlichen Akteuren nicht ganz unberechtigt als ein schauerlicher Blick in die dunklen Tunnelgewölbe, die aus der Konstruktion von Dogmen erwachsen. Doch wähnen nicht allzu viele in den alten Bundesländern, daß ihr Standort eine von solchen „stählernen Gehäusen“ (Max Weber) ferne freie, oberirdische Welt sei? Wie aber, wenn beispielsweise die Vorstellung von den Sachzwängen eines allwissenden Weltmarktes mit vorprogrammierten Niveaus auch der deutschen Löhne und Sozialleistungen ebenfalls nur ein Realitäts-Tunnel wäre? Wenn der invisible hand des Adam Smith unter den etwas veränderten Bedingungen der Gegenwart doch nicht mehr alles so von der Hand ginge? Wenn die Macht des Geldes, viel stärker als nach Weltmarktregeln vorgesehen, der Kombination mit solchen Mäch-

ten bedürfte, die sozialer Verantwortung, ökologischer Vernunft und internationalem Solidarverhalten verpflichtet sind? Wenn diese dem Markt fremden Rationalitäten teils in die Sprache des harten Geldes zu übersetzen wären, als Ökosteuer etwa, teils ihm aber seine Grenzen setzen müßten? Und wenn dies trotzdem nicht ausreichend geschieht?

Zur Zeit weist die etablierte Politik weit von sich, daß sie selbst in Wilsons Realitäts-Tunneln angesiedelt sein könnte. Doch wenn die Eliten solches ausschließen und damit auch die Suche nach neuen Aufbrüchen, dann wird es gefährlich. Aber wenn die Globalisierung uns in Wirklichkeit nicht allein Fragen nach den Kosten für Güter, Dienst- und Sozialleistungen stellt – so wichtig diese sind! –, sondern noch elementarer nicht irgendwann, sondern heute nach den Kosten unseres Wirtschaftens für die Natur, für künftige Generationen und für die Armen in der heutigen Welt zu fragen ist: haben dann die mainstream-Reaktionen die notwendige Richtung und den erforderlichen Tiefgang?

Wenn unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen Steuerungsmechanismen beispielsweise erwarten lassen, daß sich weltweit die CO₂-Emissionen bis 2040 verdoppeln werden, nach Berechnungen für die Weltenergiekonferenz 1989 aber bis dahin halbieren müßten, wenn eine Klimakatastrophe verhindert werden soll, dann reichen hochtechnologische Lösungen allein dafür nicht aus. Dann könnten das vorrangige Setzen auf Dämpfung der Lohn-, Sozial- und Energiekosten und beispielsweise die Abwehr von Ökosteuern in die Sackgasse führen, obwohl doch die Zwänge der globalisierten Märkte keinen anderen Weg offen zu lassen scheinen. Dann müßte solche Politik in einen internationalen Wettbewerb um die radikalste Senkung der Massennachfrage einmünden, auch wenn die Bundesregierung den Sozialstaat nicht abschaffen, sondern eher am unteren Rand des für politische Stabilität noch Zutraglichen ansiedeln will. Wenn wir einen Blick auf die Trends in den USA werfen, wird das Problematische eines solchen Wettbewerbspfades deutlich. Soll die Bundesrepublik mit diesen sozialen Klüften konkurrieren?

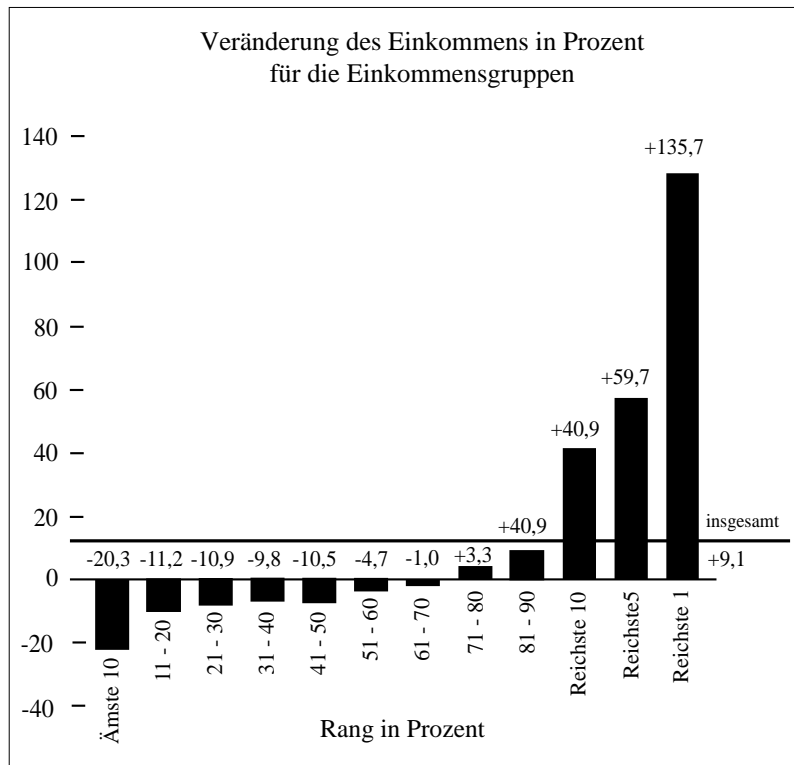


Abb. 1. Veränderung des Familieneinkommens (post-tax income) in den USA 1977 bis 1992
(Quelle: Congressional Budget Office)

Eine *zentrale* Frage ist uns damit gestellt: Haben wir per saldo wieder weit stärker als in den drei Nachkriegsjahrzehnten der ein-dimensionalen, rentabilitätsorientierten Rationalität der Weltwirtschaft zu folgen? Oder lassen sich, ohne dabei auf dem Weltmarkt unterzugehen, Gestaltungsfreiräume eröffnen und für die Überwindung der globalen Gefahren und inneren Großprobleme ausschöpfen, die über Strukturverbesserungen des Gegenwärtigen hinausgehen und tiefgreifenden sozialökologischen Wandel einschließen würden? Die Globalisierung frißt den Wohlfahrtsstaat; aber muß das sein oder ein anderer Wohlfahrtsstaat?

Gegensätzliche Strategien

Zwei symbolische, extrem vereinfachte, nicht streng mathematische Faustformeln stehen für zwei entgegengesetzte Antworten auf diese Fragen und für gegensätzliche Reaktionen auf die offenen globalen und inneren gesellschaftlichen Probleme.

Die erste idealtypische Formel (angelehnt an die Harvard-Studie von Kim Clark und Takahiro Fujimoto) entspricht der Definition der Problemkonstellation als Folge von Weltmarktzwängen und beschreibt die gegenwärtig dominierende Strategie. Sie entspricht der Deutung des Standortproblems als Kostenproblem und Lösungsversuchen auf der Linie von lean production und management reengineering:

0,5	x	0,5	x	0,5
(Mit der Hälfte		der Halbierung		und halbiertes Zeit
der Arbeitskräfte,		der Kosten		für Innovationen)

➔ **survival of the fittest.**

Als Resultat ist das Überleben der mächtigsten globalen Akteure zu erwarten. Im Rahmen dieser ersten Formel geht es um Strukturverbesserungen des Gegenwärtigen mit Richtungskonstanz: durch Befreiung des unternehmerischen Innovationspotentials von bürokratischen und anderen Verkrustungen, durch Senkung von Lohn-, Lohnneben- und Stromkosten sowie von Unternehmenssteuern und durch sozialstaatliche Deregulation. Dies läuft jedoch auf einen internationalen Wettbewerb um die Senkung der Massennachfrage hinaus, nicht zu reden von moralisch-ethischen Fragen, wie sie etwa die Kommunisten aufgeworfen haben.

Ich möchte diesen im Grunde konservativen Pfad als Antwort auf die gegenwärtigen Regulations- und Umbruchkrisen seit der Mitte der siebziger Jahre mit dem Format jener Antwort konfrontieren, die Lord Keynes auf jene vorangegangene Umbruchs- und Regulationskrise von 1929/32 bis 1945 entwickelte.

1926, vor siebzig Jahren, hielt John Maynard Keynes an dieser Berliner Universität seine berühmte Vorlesung „The End of Laissez-faire“, in der sich bereits der große Paradigmenwechsel von der Neoklassik zum Keynesianismus ankündigte. Über das auf die Regulierungspotentiale des Marktes gestützte neoklassische Gleichgewichtstheorem befand er damals: „Die Schönheit und Einfachheit dieser Theorie ist so groß, daß man leider vergißt, daß sie nicht den wirklichen Tatsachen entspricht, sondern sich aus einer der Einfachheit halber angenommenen unvollständigen Hypothese ableitet.“ (Keynes 1929: 24). Seine Schlußfolgerung lautete: „Es ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der heutigen Nationalökonomien, von neuem zwischen der Agenda und der Non-Agenda des Staates zu unterscheiden; parallel damit geht die Aufgabe der Politik, im Rahmen der Demokratie Staatsformen zu finden, welche der Übernahme der Agenda gewachsen sind.“ (Keynes: 31).

Das Herausfinden neuer Institutionen und Handlungsmaximen galt ihm als existenzielle Frage für die Zukunft der Gesellschaft. Dies setzte er gegen die Wirklichkeitsferne der in der Weltwirtschaftskrise eklatant ad absurdum geführten Marktdogmatik der neoklassischen Gleichgewichtstheorie. In Roosevelts New Deal und in der Entstehung des schwedischen wohlfahrtsstaatlichen Modells zeichnete sich die praktische Bedeutung seines einschneidenden Paradigmenwechsels ab. Theoretisch kam der Fehdehandschuh, den er der Neoklassik zuwarf, einer intellektuellen Revolution in der Wirtschaftswissenschaft mit starken Auswirkungen auf die Sozialwissenschaften insgesamt gleich.

Nun stehen durch bedrohliche Umweltgefahren, anhaltende Unterentwicklung und neue soziale Polarisierung auch in den reichen Ländern abermals Brüche bevor, jedoch von weit größeren Dimensionen als den von Keynes verarbeiteten. In einer solchen Geschichtssituation – beschrieben etwa in den Berichten an den Club of Rome, auf der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, in Paul Kennedys Werk „Preparing the 21. Century“ und jüngst in der Bundesrepublik in der Wuppertal-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ – müßte die Stunde der Intellektuellen schlagen. So wie Max Weber schrieb: „Irgendwann wechselt die Farbe: die Be-

deutung der unreflektiert verwerteten Gesichtspunkte wird unsicher. Der Weg verliert sich in der Dämmerung. Das Licht der großen Kulturprobleme ist weiter gezogen. Dann rüstet sich auch die Wissenschaft, ihren Standpunkt und ihren Begriffsapparat zu wechseln (Weber 1968: 214). Dann gilt mit Josef Schumpeter für den wirklichen Intellektuellen, „daß seine größten Erfolgsaussichten in seinem tatsächlichen oder möglichen Wert als Störfaktor liegen.“ (Schumpeter 1987: 237). Dann bedarf die Gesellschaft nicht zuletzt einer kritischen Sozialwissenschaft im weitesten Sinne, die Wirtschaftswissenschaften eingeschlossen. Dann braucht die Gesellschaft das, was Stephan Zweig „Sternstunden der Menschheit“ nannte. Und nicht weniger. Und die Frage an uns ist, wie es um die Stimme der Intellektuellen heute steht – gemessen an den Herausforderungen der vor uns liegenden Brüche, und, als Hilfsmittel, gemessen an der Keyneschen Revolution. Die genannten Studien belegen die Präsenz von kritischem Potential. Aber in dem Diskurs über den Aufbruch zu nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung werden Fragen nach den Macht- und Interessenstrukturen, die ihr blockierend entgegenstehen, weitgehend ausgeblendet. Das macht die Kritik an jenem „Weiter so“ stumpf, über das Walter Benjamin schrieb: „Daß es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe.“ (Benjamin 1984: 151).

Doch genau dies ist die Gefahr, die in der Debatte um den „Standort Deutschland“ zutage tritt. Es scheint, als sei sie der Diskurs um überfälligen Wandel. Aber trotz lean production und management reengineering, trotz hochtechnologischer Innovationen und neuer Finanzprodukte auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten, trotz Ansätzen der Befreiung unternehmerischer Entscheidungen von bürokratischen Verkrustungen und der Integration von Umweltproblemen in Unternehmensstrategien und politisches Geschäft: im Grunde geht es im Sinne von Helmut Zapf stets um Modernisierung in Gestalt von Strukturverbesserungen des Gegenwärtigen mit Richtungskonstanz, mit Brecht zu sprechen: um das „neue Alte“. Es ist jedoch eine elementare Erfahrung derer, die den Niedergang des Staatssozialismus unmittelbar erlebt und verarbeitet haben, daß bloße Oberflächenkorrekturen an Grundstrukturen, die selbst eines tieferen Wandels be-

dürfen, Stabilisierung nur um den Preis um so tieferer späterer Einbrüche bewirken. Daß sich die Grundstrukturen des Staatssozialismus als nicht reformierbar erwiesen und daß im Unterschied dazu die kapitalistische Moderne über Evolutionspotentiale mit Chancen für tiefgreifenden Wandel verfügt, spricht nicht gegen die Nutzung solcher Erfahrung.

Das „Weiter so“ beruft sich heute auf die Handlungszwänge, die von der neuen Stufe der Globalisierung ausgehen. Ökologische und soziale Gestaltung der Gesellschaft nach einem großen Modellentwurf ist natürlich nicht mehr vorstellbar. Nicht ohne Grund verweist Lyotard auf das „Ende der Megaerzählungen“ als ein Signum des Zeitgeistes. Der Staat wird in den Sozialwissenschaften mit guten Gründen allenfalls als die „Arena“ von Aushandlungsprozessen betrachtet (Fritz Scharpf), als Arrangeur von Kompromissen, als der „semisouveräne Staat“ nach Peter Katzenstein. Aber das rechtfertigt nicht die Aufgabe von Gestaltungsoptionen durch Unterwerfung unter eine vorausgesetzte Allmacht des Marktes. Doch eine scheinbar absurde Konstellation ist entstanden: Eben jene marktzentrierte Theorie, die bereits untauglich für die Lösung der Probleme der zwanziger und dreißiger Jahre war, avanciert seit den siebziger Jahren wiederum zur dominanten Wirtschaftstheorie und legitimiert die allgegenwärtige sozialstaatliche Deregulation. Verfeinert natürlich, mathematisiert, in ihren institutionalistischen Varianten für die Bedeutung außerökonomischer Institutionen geöffnet, auch nicht ohne Kritik seitens der sich im status nascendi befindenden ökologischen Ökonomie, aber eben doch als der mainstream, als Plädoyer für eine entschiedene Aufwertung der Marktmechanismen unter dem reduktionistischen Slogan des Sachzwangs Weltmarkt.

Die Sozialwissenschaften wenden sich wohl zu Recht von den Verheißungen holistischer Theoriegebäude ab. Helmut Wiesenhal hat dies deutlich gemacht (Wiesenhal 1994). Aber die wirtschaftstheoretische Legitimation der Allmacht des Weltmarktes trägt starke Züge eines solchen Holismus. Und die Konzentration der meisten Sozialwissenschaftler auf die hochprofessionelle Bearbeitung von Einzelproblemen liefert nicht das ausreichende Ge-

gengewicht dazu. Ob wir eine neue Symbiose theoretischer Arbeit an übergreifenden Fragen einer Transformation nunmehr der westlichen Welt zu nachhaltiger Entwicklung und der bewährten spezialisierten Forschung brauchen, so daß der Transformation in Ost und Süd ein anderes Vorbild vorgegeben würde?

Eine zweite Formel (in Nähe zu Ernst Ulrich v. Weizsäcker und Amory und L. Hunter Lovins formuliert) entspricht einer Bearbeitung der hinter den Weltmaktzwängen steckenden tieferen Probleme und symbolisiert eine Umkehr von einer Ökonomie zerstörerischen Wachstums zum Vorrang von Wohlfahrtsgewinnen durch eine Ökonomie des Vermeidens, durch nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung. Sie hat den Charakter einer realitätsnahen Vision, ist aber nicht bestimmend für die realen Tendenzen in der Gegenwart und nicht in der scientific community.

$>1 \quad \times \quad 0,25 \quad \times \quad 2$
 (Mit mehr Beschäftigten, Ressourcenreduktion um den Faktor 4 und doppelter Nutzungsdauer der Güter)

➔ **sustainable development.**

Diese Formel deutet auf folgende mögliche Konturen künftigen sozialen Wandels hin:

- Respektierung und Ausschöpfung des unternehmerischen Gewinninteresses an ökonomischer Effizienz auf mikroökonomischer Ebene und Einfügung dieser einzelwirtschaftlichen Kapitalrentabilität auf makroökonomischer und gesellschaftlicher Ebene in anspruchsvolle Standards von sozialer Gerechtigkeit und Umweltbwahrung, in nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung also.
- Das heißt Herausbildung eines neuen Mix in der Regulationsweise mit der Verknüpfung folgender Elemente:
 - Neukonditionierter Marktmechanismus durch veränderte Rahmenordnung

- Verstärkt strategisch und sozial-ökologisch orientierte staatliche Regulierung
- Stärkung internationaler Regimebildung, zwischenstaatlicher und transnationaler Organisationen
- Institutionalisierung stärkerer zivilgesellschaftlicher Verantwortung einschließlich der Gegenmächte, die zur Korrektur der gegenwärtigen asymmetrischen Machtstrukturen notwendig sind.
- Veränderung der Anreizstrukturen: Statt einseitiger Belohnung von Produktivitätssteigerungen der Arbeit, stärkere Belohnung von höherer Ressourcenproduktivität, d. h. von Schritten in der Richtung einer Effizienzrevolution von großer Bedeutung für eine künftige Steuerreform.
- Einschneidender sozialökologischer Wandel der OECD-Länder selbst als entscheidende internationale Voraussetzung für die Überwindung von Unterentwicklung und Umweltzerstörung in den (Nicht)Entwicklungsländern.
- Hinwendung der reichen Länder zu einer Partnerschaft mit den Entwicklungsländern, die zu internationaler Neuverteilung von Lebenschancen beiträgt, um die Verkettung von Unterentwicklung und Umweltzerstörung zu durchbrechen (BUND/Misereor 1996: 386 ff.).
- Aufbruch zu neuen Lebensweisen und Lebensstilen: Nicht Rücknahme von Wohlstand, sondern Herausfinden einer anderen Wohlfahrt, in der neue Räume der Persönlichkeitsentfaltung, mehr freie Zeit dafür und ein reicherer Sinn des Lebens wichtiger werden als die irre Jagd nach ständig steigendem materiellem Konsum.

Fast alles scheint gegen die Möglichkeit solchen Wandels zu sprechen: Das strukturbedingte „Es muß sich rechnen“ sperrt sich gegen soziale, solidarische und ökologische Rationalitäten.

Die etablierten Parteien und das parlamentarische System sind in den Wahlzyklen den tief verinnerlichten Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit an Wachstum und Konsum herkömmlicher Art verpflichtet und gegen tiefgehenden Wandel daher blockiert. Das Kapital droht, sich allzu hohen nationalen ökologischen und sozialen Standards durch Verlagerungen in das Ausland zu entziehen. Der Widerstand negativ Betroffener ist schwach.

Aber eine Chance wäre, die unverzichtbaren von Talcott Parsons so bezeichneten evolutionären Universalien der kapitalistischen Moderne – etwa den Markt, die pluralistische Demokratie, den Rechtsstaat - von ihren gegenwärtigen strukturkonservativen Beschränkungen zu befreien und durch Wandel des Institutionengefüges den neuen Herausforderungen anzupassen. Die Basisinstitutionen der OECD-Welt müssen sein, aber nicht so, wie sie sind. Es geht um ihre bewahrende Aufhebung im Sinne Hegels:

„Aufheben hat in der Sprache den gedoppelten Sinn, daß es soviel als aufbewahren, erhalten bedeutet und zugleich soviel als aufhören lassen, ein Ende machen. Das Aufbewahren schließt schon das Negative in sich ein, daß etwas seiner Unmittelbarkeit ... entnommen wird, um es zu erhalten. So ist das Aufgehobene ein zugleich Aufbewahrtes, das nur seine Unmittelbarkeit verloren hat, aber darum nicht vernichtet ist.“ (Hegel 1963: 124/125)

Ich will dies abschließend an zwei Beispielen demonstrieren: Wenn ich auf die anfangs geschilderten Grunddefizite des gegenwärtigen Wachstumstyps zurückkomme, die es zu überwinden gilt, ergeben sich zwei Dreh- und Angelpunkte des Übergangs zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Politik:

- 1. Ökologischer Umbau und
- 2. Umbau des Systems der gesellschaftlichen Arbeit zur Lösung des Beschäftigungsproblems.

Zum ersten Aspekt konzentriere ich wenige Anmerkungen auf *die Ausschöpfung des unternehmerischen Gewinninteresses für ökologischen Umbau*, exemplarisch angedeutet an Zugängen zu einer ökologischen Energiewende.

Die Bundesrepublik braucht als Rechtsgrundlage einer solchen Wende ein Energiegesetz anstelle des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935, das eine zentralistische Monopolstruktur der Energieversorgung und unbedingte Vergrößerung des Mengenangebots vorschreibt. Ein neues Energiegesetz müßte drei Grundrichtungen einer Energiewende festschreiben: Energieeinsparung, Förderung regenerierbarer Ressourcen und Effizienzrevolution.

Das Prinzip least cost planing sollte nach dem Vorbild einiger US-Bundesstaaten für alle Investoren verbindlich eingeführt werden. Investitionsgenehmigungen würden nur noch erteilt, wenn zweifelsfrei einem vermehrten Energiedienstleistungsbedarf nicht kostengünstiger und umweltfreundlicher durch Einsparinvestitionen als durch Erweiterungsinvestitionen entsprochen werden kann.

Dabei geht es um eine Entkopplung von Gewinnen und herkömmlichem Angebotswachstum und statt dessen um eine zunehmende Bindung von Gewinnen an Energieeinsparung, an eine Ökonomie des Vermeidens also. Das geschieht bewirkt durch veränderte Rahmenordnung dadurch, daß die Energiedienstleistungsunternehmen den Kunden nicht allein Strom liefern, sondern ihren Gewinn daraus, aber zugleich und zunehmend aus der Bereitstellung von Einsparmaßnahmen beziehen. Sie liefern dann eben nicht Strom, sondern Kraft, Licht und Wärme, nicht zuletzt durch Einsparung von Energie.

Die Einführung von Energiesteuern würde zur Internalisierung der externen Kosten des Verbrauchs von fossilen und Kernenergien in den Preis führen und dadurch Einsparmaßnahmen marktkonform fördern. Wenn zugleich in der Forschungs- und Technologiepolitik, Struktur- und Regionalpolitik die Entwicklung re-

generativer Energieträger, ihre auf Zeit sonderbegünstigte Einspeisung in die Netze und durch Kommunalisierung die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung gefördert würden, wäre das Gewinnprinzip bewahrt, aber aufgehoben in die Gestaltung von ökologischem Umbau.

Theoretisch verallgemeinert ergibt dies eine andere Sicht als Niklas Luhmanns stark gegeneinander abgeschottete Autonomie der autopoietischen gesellschaftlichen Subsysteme. Es geht darum, die rein ökonomische Rationalität in andere, staatlich und zivilgesellschaftlich geprägte ökologische und soziale Rationalitäten einzubetten. Die Globalisierung enthält eben mehrdimensionale Handlungszwänge: zum einen die Weltmarktkonkurrenz, aber zum anderen die elementare Notwendigkeit, sich den globalen und innergesellschaftlichen Großproblemen Umwelt, Unterentwicklung, Beschäftigung, Gewalt und Sinnkrise in neuer Weise zu stellen.

Daher Zweitens: Verknüpfung des ökologischen Umbaus mit einer Umgestaltung des Systems der Arbeit.

Es geht um Wege zu einer anderen Vollbeschäftigung als der traditionellen lebenslang kontinuierlichen und wenig flexiblen, aber eben doch um die Verwirklichung eines Menschenrechts auf Arbeit. Nicht wenige prominente Sozialwissenschaftler haben die Aufgabe dieses Anspruchs theoretisch begründet und plädieren für ein Grundeinkommen, mit dem der Verzicht auf Arbeit zugunsten derer, die noch Arbeit finden, als Leistung der Arbeitslosen anerkannt und honoriert werden soll, etwa Claus Offe und Wolf Lepenies.

Der Kern aller Fragen nach der Zukunft des Sozialstaats ist trotz dringlicher Notwendigkeit sparsamen Wirtschaftens nicht vorwiegend, wie dieser die Ausgaben senken kann, sondern ob die Politik bereit und fähig ist, dem Abbau der Arbeitslosigkeit einen vorderen Rang in ihrer Prioritätensetzung einzuräumen und dabei alte und neue Schritte in sehr komplexer Weise zu kombinieren. Dazu könnten gehören:

- Ausbau der Arbeitsmarktpolitik einschließlich Aus- und Weiterbildung als Zukunftsinvestition statt der Rücknahmen seit 1993, die 1995 ein Defizit von etwa 975000 ABM-Stellen im Vergleich zu 1992 erbrachten - innovativer Umgang mit einem bereits etablierten Instrumentarium also.
- Verkürzung der Arbeitszeit, gerechtere Verteilung der Arbeit, nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern einschließlich der Hausarbeit, Flexibilisierung als Kompromiß zwischen selbst bestimmter Arbeit und Unternehmensinteressen. Statt Überstunden, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Dies kann an bereits erprobtem Vorgehen anknüpfen, muß jedoch gegen die starke Tendenz des Abrückens von der Arbeitszeitverkürzung als probates Mittel der Beschäftigungspolitik durchgesetzt werden.
- Arbeitsplätze durch innovativen Strukturwandel, konzentriert auf ökologischen Umbau. Das Fraunhofer Institut für Innovationsforschung und Systemtechnik schätzt allein die Zahl der Arbeitsplätze durch die Realisierung von Energieeinsparmöglichkeiten auf 400.000 bis 500.000. Ökologische Landwirtschaft ist arbeitsintensiver als herkömmliche.
- Bewahrung öffentlicher Beschäftigung in den Sphären von Gesundheit, Bildung, Pflege, Erziehung, Kultur und Umwelt, jedoch nicht in Gestalt nachfrage- und wachstumshemmender bad jobs.
- Dauerhafte Etablierung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors als institutionelle Innovation. Er könnte solche Humandienstleistungen und andere Aufgaben übernehmen, die ihrer Natur nach bei angemessener Bezahlung der dort Beschäftigten privatwirtschaftlich meist nicht rentabel genug sind. Er beruhte als Entlastung der öffentlichen Hand auf einer Mischfinanzierung von Eigenerwirtschaftung und staatlicher Förderung.
- Arbeit durch Stabilisierung der Verbrauchernachfrage auf den Binnenmärkten, durch struktur- und regionalpolitische Stär-

kung lokaler und regionaler, auch verkehrsentlastender Wirtschaftskreisläufe statt des extrem exportorientierten Drucks auf die Einkommen im Inland, statt der Kürzung des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe beispielsweise.

Produktives statt destruktives Sparen könnte die Finanzierung von ökologischem Umbau und Beschäftigungspolitik stützen: durch das Vermeiden von jährlich weit mehr als 100 Mrd. DM Umweltschäden, durch eine ressourcensparende Effizienzrevolution, durch die Entlastung der Finanzierung von Arbeitslosigkeit (1995 142,5 Mrd. DM) und von Verschwendung abgewandter Lebensweisen. Ehe diese Entlastungen jedoch greifen, wird eine Umkehrung der gegenwärtigen Umverteilungsprozesse zu Lasten der ökonomisch Starken zu erstreben und nicht ohne große gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu erwarten sein.

Ich habe denkbare Entwicklungskorridore angedeutet, um aus sozialwissenschaftlicher Sicht einer Unterwerfung der Politik unter die scheinbar unausweichlichen Handlungszwänge der Globalisierung zu widersprechen. Vieles, nicht zuletzt die Schwäche jener zivilgesellschaftlichen Kräfte, ohne deren Druck ein Ausbrechen der Politik aus der Unterordnung unter die Weltmarktzwänge nicht vorstellbar ist, spricht dafür, daß eine Rückgewinnung politischer Gestaltungskraft nicht oder erst nach größten Katastrophen stattfinden wird. Aber ganz unwissenschaftlich schließe ich mit einer Frage, die Hermann Hesse benutzte, um den chinesischen Moralphilosophen Kung Fu Tse zu charakterisieren: „Ist das nicht der, der genau weiß, daß es nicht geht und es trotzdem tut?“

Literatur

Huster, Ernst Ulrich: Süddeutsche Zeitung. 15. 7. 1993.

Wicke, Lutz: Umweltökonomie. München 1991.

Afheldt, Horst: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder. München 1994.

Keynes, John Maynard: The End of Laissez-faire. Leipzig 1926.

Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1968.

Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1987.

Benjamin, Walter: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920 - 1940. Leipzig 1984.

Wiesenthal, Helmut: Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation. In: Arbeitspapiere der Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern. Max-Planck-Gesellschaft. 10/1994.

BUND/Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Boston, Berlin 1996.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Wissenschaft der Logik. Leipzig 1963.

Dieter Klein

1931 in Berlin geboren.

Seit 1964 Professur für Volkswirtschaft an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Vor 1989 Prorektor für Gesellschaftswissenschaften.

Seit Mitte der achtziger Jahre u.a. verantwortlich für die multidisziplinäre Friedensforschung.

Beteiligt am Projekt „Kritische Sozialismustheorie“.

Seit 1990/91 Direktor des „Instituts für Interdisziplinäre Zivilisationsforschung“ in Berlin.

Professur für Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften / Politikwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ausgewählte Veröffentlichungen

Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus. Berlin 1988.

Umbruch zur Moderne? Hamburg 1991.

Zwischen den Zeiten. Hamburg 1992.

Der Engel der Geschichte. Berlin 1993.

Beteiligung an zahlreichen Buch- u.a. Publikationen zur Rückwirkung östlicher Transformation auf den Westen und zu Umweltproblemen, u.a. mit Beiträgen in:

Wollmann, H. (Hrsg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs. Opladen 1995.

Kollmorgen, R.: Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen 1996.

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

- 1 *Volker Gerhardt*: **Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität**
- 2 *Hasso Hofmann*: **Die versprochene Menschenwürde**
- 3 *Heinrich August Winkler*: **Von Weimar zu Hitler**
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie
- 4 *Michael Borgolte*: **„Totale Geschichte“ des Mittelalters?**
Das Beispiel der Stiftungen
- 5 *Wilfried Nippel*: **Max Weber und die Althistorie seiner Zeit**
- 6 *Heinz Schilling*: **Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich**
- 7 *Hartmut Harnisch*: **Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914**
- 8 *Fritz Jost*: **Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen**
- 9 *Erwin J. Haeberle*: **Historische Entwicklung und aktueller internationaler Stand der Sexualwissenschaft**
- 10 *Herbert Schnädelbach*: **Hegels Lehre von der Wahrheit**
- 11 *Felix Herzog*: **Über die Grenzen der Wirksamkeit des Strafrechts**
- 12 *Hans-Peter Müller*: **Soziale Differenzierung und Individualität**
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose
- 13 *Thomas Raiser*: **Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der Rechtswissenschaft**
- 14 *Ludolf Herbst*: **Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?**
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik
- 15 *Gert-Joachim Glaeßner*: **Demokratie nach dem Ende des Kommunismus**
- 16 *Arndt Sorge*: **Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen in Ostdeutschland**

- 17 *Achim Leube*: **Semnonen, Burgunden, Alamannen**
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte
- 18 *Klaus-Peter Johne*: **Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat**
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der Forschung
- 19 *Volker Gerhardt*: **Die Politik und das Leben**
- 20 *Clemens Wurm*: **Großbritannien, Frankreich und die westeuropäische Integration**
- 21 *Jürgen Kunze*: **Verbfeldstrukturen**
- 22 *Winfried Schich*: **Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter: Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen**
- 23 *Herfried Münkler*: **Zivilgesellschaft und Bürgertugend**
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung?
- 24 *Hildegard Maria Nickel*: **Geschlechterverhältnis in der Wende**
Individualisierung versus Solidarisierung?
- 25 *Christine Windbichler*: **Arbeitsrechtler und andere Laien in der Baugrube des Gesellschaftsrechts**
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung
- 26 *Ludmila Thomas*: **Rußland im Jahre 1900**
Die Gesellschaft vor der Revolution
- 27 *Wolfgang Reisig*: **Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen das Herkömmliche oder etwa grundlegend Neues?**
- 28 *Ernst Osterkamp*: **Die Seele des historischen Subjekts**
Historische Portraituren in Friedrich Schillers „Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung“
- 29 *Rüdiger Steinlein*: **Märchen als poetische Erziehungsform**
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen „Kinder- und Hausmärchen“
- 30 *Hartmut Boockmann*: **Bürgerkirchen im späteren Mittelalter**
- 31 *Michael Kloepfer*: **Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung aus Vergangenheitserfahrung**
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland
- 32 *Dietrich Benner*: **Über die Aufgaben der Pädagogik nach dem Ende der DDR**

- 33 *Heinz-Elmar Tenorth*: **„Reformpädagogik“**
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen
- 34 *Jürgen K. Schriewer*: **Welt-System und Interrelations-Gefüge**
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem
Vergleichender Erziehungswissenschaft
- 35 *Friedrich Maier*: **„Das Staatsschiff“ auf der Fahrt von Griechenland über Rom nach Europa**
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand in Text und Bild
- 36 *Michael Daxner*: **Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt**
- 37 *Konrad H. Jarausch*: **Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime**
- 38 *Detlef Krauß*: **Schuld im Strafrecht**
Zurechnung der Tat oder Abrechnung mit dem Täter?
- 39 *Herbert Kitschelt*: **Rationale Verfassungswahl?**
Zum Design von Regierungssystemen in neuen Konkurrenzdemokratien
- 40 *Werner Röcke*: **Liebe und Melancholie**
Formen sozialer Kommunikation in der 'Historie von Florio und Blanscheflur'
- 41 *Hubert Markl*: **Wohin geht die Biologie?**
- 42 *Hans Bertram*: **Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie**
- 43 *Dieter Segert*: **Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert**
- 44 *Klaus R. Scherpe*: **Beschreiben, nicht Erzählen!**
Beispiele zu einer ästhetischen Opposition: Von Döblin und Musil bis zu Darstellungen des Holocaust
- 45 *Bernd Wegener*: **Soziale Gerechtigkeitsforschung: Normativ oder deskriptiv?**
- 46 *Horst Wenzel*: **Hören und Sehen - Schrift und Bild**
Zur mittelalterlichen Vorgeschichte audiovisueller Medien
- 47 *Hans-Peter Schwintowski*: **Verteilungsdefizite durch Recht auf globalisierten Märkten**
Grundstrukturen einer Nutzentheorie des Rechts

- 48 *Helmut Wiesenthal*: **Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation**
- 49 *Rainer Dietrich*: **Wahrscheinlich regelhaft. Gedanken zur Natur der inneren Sprachverarbeitung**
- 50 *Bernd Henningsen*: **Der Norden: Eine Erfindung**
Das europäische Projekt einer regionalen Identität
- 51 *Michael C. Burda*: **Ist das Maß halb leer, halb voll oder einfach voll?**
Die volkswirtschaftlichen Perspektiven der neuen Bundesländer
- 52 *Volker Neumann*: **Menschenwürde und Existenzminimum**
- 53 *Wolfgang Iser*: **Das Großbritannien-Zentrum in kulturwissenschaftlicher Sicht**
Vortrag anlässlich der Eröffnung des Großbritannien-Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin
- 54 *Ulrich Battis*: **Demokratie als Bauherrin**
- 55 *Johannes Hager*: **Grundrechte im Privatrecht**
- 56 *Johannes Christes*: **Cicero und der römische Humanismus**
- 57 *Wolfgang Hardtwig*: **Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung – Frühform des Nationalismus in Deutschland 1500 - 1840**
- 58 *Elard Klewitz*: **Sachunterricht zwischen Wissenschaftsorientierung und Kindbezug**
- 59 *Renate Valtin*: **Die Welt mit den Augen der Kinder betrachten**
Der Beitrag der Entwicklungstheorie Piagets zur Grundschulpädagogik
- 60 *Gerhard Werle*: **Ohne Wahrheit keine Versöhnung!**
Der südafrikanische Rechtsstaat und die Apartheid-Vergangenheit
- 61 *Bernhard Schlink*: **Rechtsstaat und revolutionäre Gerechtigkeit. Vergangenheit als Zumutung?** (Zwei Vorlesungen)
- 62 *Wiltrud Gieseke*: **Erfahrungen als hindernde und fördernde Momente im Lernprozeß Erwachsener**
- 63 *Alexander Demandt*: **Ranke unter den Weltweisen;**
Wolfgang Hardtwig: **Die Geschichtserfahrung der Moderne und die Ästhetisierung der Geschichtsschreibung: Leopold von Ranke**
(Zwei Vorträge anlässlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages Leopold von Rankes)

- 64 *Axel Flessner*: **Deutsche Juristenausbildung**
Die kleine Reform und die europäische Perspektive
- 65 *Peter Brockmeier*: **Seul dans mon lit glacé – Samuel Becketts Erzählungen vom Unbehagen in der Kultur**
- 66 *Hartmut Böhme*: **Das Licht als Medium der Kunst.** Über Erfahrungsarmut und ästhetisches Gegenlicht in der technischen Zivilisation
- 67 *Sieglinde Ellger-Rüttgardt*: **Berliner Rehabilitationspädagogik: Eine pädagogische Disziplin auf der Suche nach neuer Identität**
- 68 *Christoph G. Paulus*: **Rechtsgeschichtliche und rechtsvergleichende Betrachtungen im Zusammenhang mit der Beweisvereitelung**
- 69 *Eberhard Schwark*: **Wirtschaftsordnung und Sozialstaatsprinzip**
- 70 *Rosemarie Will*: **Eigentumstransformation unter dem Grundgesetz**
- 71 *Achim Leschinsky*: **Freie Schulwahl und staatliche Steuerung**
Neue Regelungen des Übergangs an weiterführende Schulen
- 72 *Harry Dettenborn*: **Hang und Zwang zur sozialkognitiven Komplexitätsreduzierung: Ein Aspekt moralischer Urteilsprozesse bei Kindern und Jugendlichen**
- 73 *Inge Frohburg*: **Blickrichtung Psychotherapie: Potenzen – Realitäten – Folgerungen**
- 74 *Johann Adrian*: **Patentrecht im Spannungsfeld von Innovationsschutz und Allgemeininteresse**
- 75 *Monika Doherty*: **Verständigung trotz allem. Probleme aus und mit der Wissenschaft vom Übersetzen**
- 76 *Jürgen van Buer*: **Pädagogische Freiheit, pädagogische Freiräume und berufliche Situation von Lehrern an Wirtschaftsschulen in den neuen Bundesländern**
- 77 *Flora Veit-Wild*: **Karneval und Kakerlaken**
Postkolonialismus in der afrikanischen Literatur
- 78 *Jürgen Diederich*: **Was lernt man, wenn man nicht lernt? Etwas Didaktik „jenseits von Gut und Böse“ (Nietzsche)**

- 79 *Wolf Krötke: Was ist ‘wirklich’?*
Der notwendige Beitrag der Theologie zum Wirklichkeitsverständnis
unserer Zeit
- 80 *Matthias Jerusalem: Die Entwicklung von Selbstkonzepten und ihre
Bedeutung für Motivationsprozesse im Lern- und Leistungsbereich*